

Nicht nur der Kakao- und Kaffeepreis geht derzeit steil nach oben

Stimmenkauf durch Rohstoffe

Schlechte Nachricht für Schokoladeliebhaber: Fast 7.300 Dollar kostet die Tonne Kakaobohnen aktuell, fast das Dreifache des Niveaus der vier Jahre bis 2023. In der Spitze kostete die Tonne sogar fast 10.000 Dollar. Richtig steil nach oben geht der Preis seit Januar. Ursache ist zunächst eine Trockenheit in Westafrika, dem Anbaubereich von 80 Prozent der weltweiten Ernte, die Ausfälle von elf Prozent zur Folge hat. Verschärft wurde die Lage durch Kursabsicherungsgeschäfte von Kakaohändlern, die ihre künftige Ernte mit Futureskontrakten verkauft hatten. Nun können sie wegen der Ausfälle nicht liefern und mußten in einem steigenden Markt die verkauften Ausfälle wieder eindecken. Solche fehlgeschlagenen Absicherungsgeschäfte kommen häufiger vor, man denke an den negativen Ölpreis vom März 2020 oder die Haussie im Nickelmarkt von 2022.



von
Thomas Kirchner

„Eine Erhöhung der Förderung wäre die Lösung, das geht aber wegen der US-Klimalobby nicht.“

Kakao ist derzeit ein Extrem-, aber kein Einzelfall. Viele Rohstoffpreise steigen wieder. Weizen, Mais und US-Erdgas des milden Winters gehen nicht, doch das Wetterphänomen El Niño könnte das in den nächsten Monaten noch ändern. Dafür steigen aber Kaffee, Metalle und Rohöl. Gold erreicht neue Höchststände (JF 16/24), Kupfer folgt, und sogar Silber bewegt sich nach mehrjähriger Schwäche. Eine gute Nachricht für die Kakaobauern in Ghana und der Elfenbeinküste ist der Preisanstieg nicht: Sie müssen ihre Ernte zu niedrigen Festpreisen an ihre jeweilige staatliche Exportbehörde abliefern. Die Gewinne aus der Differenz zum höheren Marktpreis gehen in den Staatshaushalt, wo sie an die jeweilige politische Klientel umverteilt werden. Aufgrund der Verluste aus den schiefgelaufenen Absicherungsgeschäften dürften die Behörden allerdings weniger zu verteilen haben als erwartet.

Nicht nur in der Dritten Welt ist solche Klientelpolitik verbreitet, auch in den USA unter Joe Biden. Der US-Präsident hatte die strategische Ölreserve geplündert, um für die Demokraten Stimmen bei den Zwischenwahlen 2022 zu gewinnen. Rund die Hälfte der eigentlich für Notfälle und nicht Wahlkämpfe gedachten Reserve ließ er verkaufen, um den Spritpreis niedrig zu halten. Jetzt reicht die Reserve nur noch für 17 Tage. Bei einem Kurs von 60 Dollar pro Barrel wollte er die Lager wieder auffüllen. Doch leider handelte die US-Ölsorte WTI nur kurz um die 60. Zu kurz, um überhaupt etwas zu kaufen. Biden hat sich in eine Ecke manövriert: der Spritpreis steigt in einem Wahljahr kurz vor der Haupterntezeit. Leert er den Rest der Reserve, während die halbe Welt brennt, steht er als verantwortungslos da. Läßt er den Spritpreis steigen, werden die höheren Rohstoffpreise deutlich sichtbar. Eine Erhöhung der US-Förderung wäre die einfachste Lösung, geht aber wegen der innerparteilichen grünen Klimalobby nicht. Daher plant Biden das Gegenteil: Förderlizenzen auf 8,5 Millionen Hektar in Alaska, die seit Jahrzehnten als Reserve für Krisenzeiten vorbehalten werden, will er aus Umweltschutzgründen rückgängig machen.

Billig ist in den USA hingegen Erdgas. Das liegt am milden Winter, und die Lager in Saltstöcken sind prallvoll. Zusätzlich stocken Exporte von Flüssiggas (LNG), weil eines der wichtigsten Terminals von Freeport/Texas wegen eines technischen Defekts ausfiel. Das nicht exportierte Gas drückt die inländischen Preise. Das hilft wiederum den Farmern, die nur noch wenig an Mais und Getreide verdienen, denn aus Erdgas hergestellter Dünger wird nun billiger. In den vergangenen Jahren ließ der Preisschub ihre Margen schrumpfen.

Die Zukunftskommission Landwirtschaft will Fleisch viel teurer machen

Cems 360 Tierwohl-Cent

Von **Jörg Fischer**

Cem Özdemir ist ein sympathischer Ampel-Minister. Angesichts der peinlichen 360-Grad-Besetzung des Auswärtigen Amtes und mit Blick auf die Gefahren, die von Nancy Faeser, Marco Buschmann oder Robert Habeck für Freiheit und Wohlstand ausgehen, ist der schwäbelnde Grüne wirklich harmlos. Hätte Özdemir allein entscheiden können, wäre der Agradiesel den Bauern nicht gestrichen worden. Daß er sich schon vor zehn Jahren mit Hanfpflanzen ablichten ließ, spricht für Humor. Daß er kein Fleisch isst, ist seine Privatangelegenheit. Aber warum will nun ausgerechnet unser Landwirtschaftsminister der unteren Einkommenspyramide erschweren, es zu essen?

Als gewiefter Politiker nennt er es „Tierwohl-Cent“ – aber das ist gelogen. Schon im Februar sprach Özdemir im ZDF von zehn Cent pro Kilogramm. Das erinnert fatal an den grünen Umweltminister Jürgen Trittin, der vor zwanzig Jahren verkündete, die „erneuerbaren Energien“ kosteten einen Durchschnittshaushalt nur „so viel wie eine Kugel Eis“. Doch unter Angela Merkel wurde die Energiewende unbezahlbar. Auch die Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL) ist keine grüne Erfindung, sondern ein

klimaideologisches Relikt aus großkoalitionären Zeiten. Und diese ZKL forderte auf Seite 97 ihres Berichts von 2021 die „Einführung einer Abgabe auf Lebensmittel tierischen Ursprungs (z. B. Milchprodukte, Fleisch oder Eier)“. Auf Seite 115 wird sogar behauptet, der Preis für Rindfleisch müßte „etwa fünf- bis sechsmal so hoch ausfallen wie momentan, um die verursachten externen Kosten zu internalisieren“ – spricht: Kühe sind böse Klimaschädler; Butter, Joghurt, Käse sowie Hamburger und Steaks nur noch für die ganz obere Einkommenspyramide. Der Rest muß sich mit veganen Ersatzstoffen, verarbeiteten Insekten und Laborfleisch aus dem Bioreaktor der Nasdaq-Firma anfreunden.

Das wird in dieser Legislaturperiode so nicht kommen, aber die ZKL läßt nicht locker: Die Mehrwertsteuer auf tierische Produkte solle „schrittweise“ von sieben auf 19 Prozent steigen, heißt es in deren aktuellem Eckpunkt Papier. Und das ist weit mehr als Özdemirs „Tierwohl-Cent“. Ein Kilogramm Roastbeef würde ohne Besteuerung etwa 30 Euro kosten, bei der derzeitigen Regelung sind es 32,10 Euro – künftig wären es 35,70 Euro. Das ist ein Cem-Aufpreis von immerhin 360 „Tierwohl-Cent“.

Finanzierungsquellen gesucht

Ukrainekrieg:

Die klammen Kassen der EU-Mitgliedstaaten dämpfen das Engagement

DIRK MEYER

Schon Otto von Bismarck soll im Preussischen Abgeordnetenhaus zugegeben haben: „Kommt es zum Äußersten, so ist mir das Hemd näher als der Rock.“ 160 Jahre später gilt das immer noch: Je ferner die Ukraine, desto geringer fällt die nationale Unterstützung aus. So gibt Estland 3,55 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts (BIP) für die Unterstützung des von Rußland angegriffenen Landes aus. Dänemark stellt 2,41 und Norwegen 1,72 Prozent zur Verfügung – Spanien hingegen nur 0,07 und Portugal 0,03 Prozent. Bei den größeren EU-Staaten Italien und Frankreich (je 0,07 Prozent) dämpft die Haushaltslage das nationale Engagement: So betrug Italiens Neuverschuldung 2023 7,2 Prozent des BIP, die Frankreichs 5,5 Prozent.

Sollte Donald Trump erneut ins Weiße Haus einziehen, dürften die US-Hilfen (bislang 0,319 Prozent des BIP/umgerechnet 67,7 Milliarden Euro) wohl versiegen. Deutschland (0,57 Prozent/22,1 Milliarden) als zweitwichtigster Unterstützer kann das nicht ersetzen. Was liegt da näher, als auf gemeinschaftliche oder externe Finanzierungen zu blicken? Das beschlagnahmte russische Oligarchenvermögen (JF 10/24) und das festgesetzte Vermögen der Russischen Notenbank (207 Milliarden Dollar) scheiden aber eher aus. Völkerrechtliche Bedenken wie auch die Beschädigung des hiesigen Investitionsstandortes und des Euro als Reservewährung sprechen dagegen. Allenfalls steuerliche Abschöpfungen der Notenbank-Zinserträge von drei bis fünf Milliarden Euro jährlich scheinen denkbar.

Ein Verteidigungsfonds ist schon Teil des EU-Haushalts

Auch der EU-Haushalt hält rechtliche Hürden vor. Nach bisheriger Auffassung darf die EU die Waffenentwicklung aus ihrem Haushalt finanzieren, nicht aber „operative Ausgaben“ wie deren Beschaffung (Art. 41 EU-Vertrag). Nach neuerer Auslegung des Juristischen Dienstes des EU-Rates sind zwar Gelder für Militäreinsätze verboten, nicht aber für Waffenkäufe, soweit sie nicht im direkten Zusammenhang mit Militäroperationen stehen. Sowohl Waffenlieferungen an die Ukraine wie auch die Aufrüstung der Mitgliedstaaten würden erleichtert. Hinzu käme ein Machtgewinn für die Kommission. Als weitere Schranke schließt der EU-Haushalt eine Schuldenfinanzierung grundsätzlich aus (Art. 310 AEU-Vertrag). Von daher sind innovative Finanzierungsquellen gesucht.

Der mit acht Milliarden Euro ausgestattete Verteidigungsfonds (EDF) ist Teil des EU-Haushalts. Seine Mittel finanzieren kooperative Forschung, etwa das deutsch-französische Panzerprojekt (Leopard 3/MGCS). Ein mit 50 Milliarden Euro ausgestattetes Hilfsprogramm für die Ukraine wurde im Rahmen der Aufstockung des EU-Finanzrahmens 2021 bis 2027 im Februar neu errichtet. Davon sind 33 Milliarden Euro als zinsgünstige Kredite von der Ukraine zu tragen. 38 Milliarden Euro sollen als direkte Budgethilfe fließen, sieben Milliarden Euro für Investitionen und fünf Milliarden Euro für Reformen in der öffentlichen Verwaltung.

Die Europäische Friedensfazilität (EPF), ausgestattet mit 17 Milliarden Euro, finanziert außerhalb des EU-Etats Maßnahmen im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Die Finanzierung erfolgt gemäß der Wirtschaftskraft – Deutschland zahlt etwa 24 Prozent.



Zuschaltung des ukrainischen Staatspräsidenten Selenskyj bei einem Treffen des Rats der EU-Regierungschefs in Brüssel: Werden künftig noch mehr europäische Haushaltsgelder oder zusätzliche Kredite zur Finanzierung von militärischem Gerät und zur Unterstützung der Ukraine verwendet?

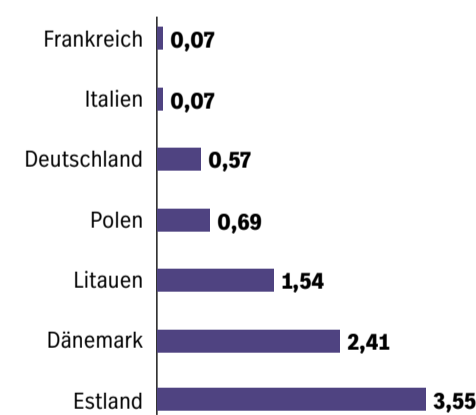
Bislang sind offiziell 11,1 Milliarden Euro zur Unterstützung der ukrainischen Streitkräfte geflossen. Dabei können die EU-Mitgliedstaaten Anträge zur Teilerstattung für die an die Ukraine geleisteten Militärgüter einreichen. Ende 2022 betrug die Erstattungsquote knapp 50 Prozent. Erst seit kurzem nimmt auch Deutschland die Möglichkeit der Rückerstattung in Anspruch.

Sodann stehen nicht abgerufene EU-Haushaltsmittel in den Förderfonds für Strukturhilfen der Regionen ungenutzt zur Verfügung, die man umdeklariieren könnte. Allein aus der Haushaltsperiode 2014 bis 2020 sind noch 42 Milliarden Euro vorhanden. Auch aus dem laufenden EU-Haushalt 2021 bis 2027 sind erst 2,9 Prozent an die Staaten abgeflossen, so daß noch 372 Milliarden Euro offen sind. Eine Umwidmung ist jedoch schwierig, da sie in konkreter Höhe einzelnen Ländern zustehen. So haben die Mitgliedstaaten bereits einen Vorschlag der EU-Kommission zur Rückzahlung der 386 Milliarden Euro EU-Corona-Kredite abgelehnt und bestehen auf eine Übertragung der Gelder in die nächsten Haushaltsperioden.

Auch vom 809 Milliarden Euro schweren Corona-Wiederaufbaufonds (NGEU), dessen Mittel bis 2026 ausgezahlt werden müssen, sind erst 28 Prozent geflossen. Verschwendungen liegen nahe, denn zahlreiche EU-Länder können nicht genügend dazu passende Projekte ausweisen, um die

Anteil der Ukraine-Hilfen an der Wirtschaftsleistung

in Prozent am Bruttoinlandsprodukt (BIP)



GRAFIK: QUELLE: UKRAINE SUPPORT TRACKER/IFW KIEL

NGEU-Gelder zeitnah sinnvoll zu nutzen. Dies gilt speziell für die beiden Hauptnutznießer Italien und Spanien. Doch da die NGEU-Gelder bereits nationalen Projekten in den „Aufbauplänen“ zugewiesen sind, ist auch hier eine Umwidmung unwahrscheinlich.

Darf die EU-Investitionsbank Rüstungsausgaben finanzieren?

Aktuell liegt der Vorschlag eines erweiterten schuldenfinanzierten EU-Verteidigungsfonds (100 Milliarden Euro) auf dem Tisch (EDF+). Allerdings hat das Bundesverfassungsgericht mit seinem NGEU-Beschluß (2 BvR 798/21) den Ausnahmecharakter eines EU-Schuldenfonds hervorgehoben, weshalb auch die Bundesregierung eher ablehnend ist. Alternativ könnte die EU ähnlich der 100 Milliarden Euro EU-Kurzarbeiterentlohnung einen EU-Verteidigungsfonds auf Art. 122 Abs. 1 AEUV stützen, der im Fall „gravierender Schwierigkeiten in der Versorgung mit bestimmten Waren“ (Militärgüter) möglich wäre.

Konfliktfreier wird eine Mehrheit von 14 EU-Staaten, darunter Deutschland, Frankreich, Italien, Polen und die Niederlande, der EU-Investitionsbank (EIB) zukünftig die Finanzierung von Rüstungsausgaben erlauben. Bislang darf die EIB Projekte finanzieren, die zivilen und militärischen Zwecken zugleich dienen (Dual Use), etwa Drohnen oder Satelliten. Eine offizielle Änderung des EIB-Mandats würde eine einstimmige Vertragsänderung aller 27 EU-Staaten notwendig machen.

Deshalb dürfte man sich mit einem mehrheitlich unterstützten Grundsatzbeschuß begnügen, der diese Vorhaben „von gemeinsamem Interesse für mehrere Mitgliedstaaten, die wegen ihres Umfangs oder ihrer Art mit den in den einzelnen Mitgliedstaaten vorhandenen Mitteln nicht vollständig finanziert werden können“, zulassen würde. Allerdings darf die EIB dabei nicht ihr bisheriges Toprating verlieren, was im Umkehrschluß eine Kapitalerhöhung mit Haushaltsbelastungen der Mitgliedstaaten bedeuten könnte. Alles hat seine Kosten – auch die Verteidigung.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. ► ifw-kiel.de/ukrainetracker

Solide Erträge mit US- Life Settlements

US 2-Markt Policen bringen solide, meist 2-stellige Erträge.

- Die Alternative oder Ergänzung zu Aktien, Anleihen und Festgeld.
- Überschaubare Laufzeiten zwischen 3-10 Jahren.
- Regulierter Markt mit hoher Absicherung.
- Auch Pensionskassen investieren in diese Assetklasse.
- Bereits ab USD 10.000.

• Ausführliche Informationen: www.us-policen.com

Strategie 2

Edelmetalle & Technologie- Metalle sind die Grundlagen unserer Wirtschaft, Preissteigerungen zwingend logisch.

- Welche Sachwerte sich für welche Zwecke besonderes eignen
- Wie Sie Schwankungen in Wertpapierdepots effektiv reduzieren

Kostenlose Infos: www.techno-metalle.de

ERVs Marketing Wirtschaftsberatung Oskar Edler von Schickh
Telefon 04221-98 120 13 oder 0172-53 86 87 7

Fraktion im Dialog
Die Ampel und die Folgen für die Hamburger – eine Bilanz
Beatrix von Storch, MdB
Stellv. Fraktionsvorsitzende
Samstag, 27. April, 16.00 Uhr
Hamburger Rathaus
Anmeldung unter:
040 428 312 518 oder
afd-veranstaltungen@afd-fraktion.hamburg.de

Wir suchen ab sofort günstig

Zimmer oder Wohnung in Berlin

für vertrauenswürdige junge JF-Mitarbeiter. Bitte melden Sie sich bei

JUNGE FREIHEIT
VERLAG GmbH & Co. KG
Antje Stein |
a.stein@jungefreiheit.de

